Geistliche Groupies

Fein herausgeputzt, geschmückt mit Heiligenbild und Rosenkranz, erwarten diese Ordensschwestern in Morelia, einer Stadt im mexikanischen Drogenstaat Michoacán, die Ankunft ihres Idols: Papst Franziskus ist als Argentinier in Lateinamerika besonders populär. Auf seiner Mexikoreise geißelte der Pontifex die Gewalt der Kokainkartelle.



Analyse

Optimale Gegner

Ein Strafverfahren gegen Nicolas Sarkozy kommt Frankreichs Präsident Hollande ungelegen.

Wäre Nicolas Sarkozy nicht Nicolas Sarkozy, man könnte ihn wohl einfach abschreiben. Als Präsident wurde er 2012 nach einer Amtszeit abgewählt; er galt so lange als unbeliebtestes Staatsoberhaupt der Fünften Republik, bis ein anderer das Meisterwerk fertigbrachte, ihm diesen Rang abzulaufen: sein Nachfolger François Hollande. Es dauerte eine Weile, bis die Franzosen merkten, dass der Sozialist Hollande, vom Wesen her Sarkozys Gegenpol – eher bräsig als hyperaktiv, eher Fielmann als Ray-Ban –, deshalb nicht automatisch einen guten Präsidenten abgeben muss.

Mittlerweile haben sich die Umfragewerte für beide, für Hollande und Sarkozy, bei etwa 80 Prozent eingependelt. Und zwar bei 80 Prozent Ablehnung: Mehr als drei Viertel der Franzosen wollen weder den amtierenden noch den früheren Präsidenten 2017 antreten sehen. Daran haben sich die beiden bisher aber nicht gestört, unverhohlen verfolgten sie ihre Ambitionen. Jeder für sich überzeugt davon, dass der jeweils andere den optimalen, weil sicher zu besiegenden Widersacher darstellt.

Nun wurde ein Strafverfahren gegen Sarkozy eröffnet. Der Vorwurf: illegale Wahlkampffinanzierung. Und es kann sein, dass damit die Karten neu gemischt werden. Für eine Kandidatur muss Sarkozy im Herbst die Vorwahlen seiner konservativen Partei gewinnen; ein Strafverfahren stört da beträchtlich.

Die Freude über Sarkozys Ungemach dürfte bei Hollande aber äußerst verhalten ausfallen: Wenn Sarkozy scheitert, müsste Hollande nämlich wohl gegen den bei den Franzosen viel beliebteren Alain Juppé antreten. Juppé, 70, Gaullist, früherer Premier und mehrfacher Minister, ist laut Umfragen chancenreicher als Hollande. Und seine Verurteilung wegen einer Affäre um, genau, illegale Parteienfinanzierung liegt mehr als ein Jahrzehnt zurück. Julia Amalia Heyer



ALFREDO ESTRELLA / AFP

Fußnote

60 Millionen

Liter reiner Alkohol werden in Iran pro Jahr konsumiert – fast immer heimlich, denn in der Islamischen Republik wird Alkoholgenuss mit bis zu 80 Peitschenhieben bestraft. Das sei eine „krisenartige Entwicklung“ unter den 60 Millionen Iranern über 15, so heißt es zu den jetzt vorgestellten Zahlen des Teheraner Sozialministeriums. Zum Vergleich: 70 Millionen Deutsche im gleichen Alter verbrauchten im vergangenen Jahr etwa 900 Millionen Liter.

Polen

Die Akte „Bolek“

Die Beweise lagerten seit Jahrzehnten im Haus des ehemaligen kommunistischen Geheimdienstchefs Czesław Kiszczak: Akten und Pappheftern, sauber versiegelt und beschriftet. Dort fanden sie in dieser Woche Polizisten und Ermittler des Instituts des Nationalen Gedenkens, der polnischen Stasiakten-Behörde. Das bislang wichtigste Dokument ist eine sogenannte Verpflichtungserklärung. Damit erklärte sich ein Mann bereit, als Spitzel für die Geheimen zu arbeiten. Die Unterschrift: „Lech Wałęsa, Bolek“. Dass der legendäre einstige Chef der Gewerkschaft Solidarność für die Stasi gespitzelt haben soll, ist ein alter Verdacht. Aber auch nach den neuen Aktenfunden streitet Wałęsa ab: „Es können keine von mir stammenden Dokumente vorliegen.“ Dabei hatte er sogar schon 2011 einmal zugegeben, zum Schein unterschrieben zu haben. Noch ist nicht abzuschätzen, ob und wie Wałęsa alias „Bolek“ Solidarność-Kollegen geschadet hat. Nutznießer des Aktenfunds dürfte trotzdem die neue nationalkonservative Regierung in Warschau sein, denn die Entdeckung bestätigt ihr zentrales Narrativ: Danach soll die Wende in Polen kein wirklicher Umbruch, sondern ein abgekartetes Spiel der Solidarność-Eliten mit den kommunistischen Machthabern gewesen sein. Wałęsa und der 2015 verstorbene Kiszczak hatten den Umbruch gemeinsam 1989 am runden Tisch ausgehandelt – und der Fundort der Akten legt nahe, dass Kiszczak Wałęsa möglicherweise schützen wollte. Die Regierung, die unlängst wegen ihrer Angriffe auf das Verfassungsgericht in Verruf geraten war, ist auch angetreten, um den Staatsapparat von Seilschaften und angeblichen Agenten aus der damaligen Zeit zu säubern. jpu



LANGEVIN / AP

Wałęsa 1983

China

„Welche Ausdehnung?“

Xu Guangyu, 80, General a. D. und hochrangiger Militärexperte, über Pekings Stationierung von Raketen im Südchinesischen Meer

SPIEGEL: Peking betont immer, seine Absichten im Südchinesischen Meer seien friedlicher Natur. Wozu stationiert China dann Boden-Luft-Raketen auf einer der Paracel-Inseln?
Xu: Die Insel Yongxing wird von China verwaltet. Sie liegt sehr weit vom Festland entfernt und muss sich verteidigen können. Hat nicht auch die vietnamesische Regierung Militär auf die von ihr beanspruchten Spratly-Inseln verlegt?
SPIEGEL: Mit der Stationierung der Raketen bringt Peking westliche Staaten gegen China auf, die sich im Inselstreit bislang zurückgehalten haben.
Xu: Ich finde die Reaktion des Westens rätselhaft. Die USA, die Philippinen und Vietnam sollen Militär in die Region entsenden dürfen – aber wenn China das tut, ist das gefährlich? Im Gegenteil! Ohne die Eingriffe der USA wäre das Südchinesische Meer sicher. Die Sicht des Westens ist nicht fair.
SPIEGEL: Was befürchtet China denn von den Amerikanern?
Xu: Sie schicken ein Schiff und ein Flugzeug nach dem anderen, und sie sagen, das wollten sie nun regelmäßig tun. Sie wollen sogar Japan und Australien in diese Auseinandersetzung hineinziehen. Damit drängen sie China in die Enge. Wo eine Drohung ist, gibt es eine Reaktion.
SPIEGEL: Geht es nicht in Wahrheit um die Ausdehnung von Chinas militärischer Einflusszone?
Xu: Welche Ausdehnung? China agiert auf seinem eigenen Territorium. Amerika hat Raketen in Südkorea, Japan und Europa stationiert. Wenn China seinen Einfluss ausdehnt – was machen dann die Amerikaner? bza



Insel Yongxing